



UMWELT

von Prof. Dr. HERMANN KNOFLACHER

Die Kieler Straßenbahn kommt, Salzburg endet im Loch

Ganze 25 Millionen Euro kalkulieren die Wiener Linien (September 2022) für einen Kilometer Straßenbahn. In der deutschen Stadt Kiel werden für die gleiche Strecke 27,7 Millionen veranschlagt.

Für die nur 847 Meter vom Hauptbahnhof bis Mirabellplatz sollen in Salzburg aber 200 Millionen Euro ausgegeben werden.

Ob es bei diesem Preis bleibt, ist darüber hinaus fragwürdig. Da gerade bei der Tieferlegung des Salzburger Lokalbahnhofes die Kosten um mehr als das Doppelte überschritten wurden. Aber genau das ist vielleicht gerade der Reiz für die an solchen Projekten Beteiligten.

Dazu kommt, dass die Fahrgäste dann nicht nur viel teurer, sondern auch unterirdisch und damit ohne Aussicht unterwegs sind. In einer Stadt, die ein sehenswertes Weltkulturerbe ist.

Ich möchte das als den Unterschied zwischen Vernunft und Unvernunft oder auch als Verantwortung und Verantwortungslosigkeit bezeichnen.

In Kiel hatte eine Studie ergeben, dass eine Straßenbahn sinnvoller ist. So schaut weitblickende, verantwortungsvolle Verkehrspolitik aus. Außerdem hat Kiel mit 250.000 Einwohnern eine Agglomeration, die weit größer ist als Salzburg mit 155.000 Einwohnern.

Salzburg würde, hält es an diesem Tunnelprojekt fest, nicht mehr als drei Kilometer Loch bekommen. Da die Finanzierung ja nicht aus den Taschen der Betreiber, sondern aus unserem Steuergeld kommt, muss ich mich fragen, was in den zuständigen Bundesministerien los ist, dass sie dieses Treiben zulassen. Gefragt sind in erster Linie das Verkehrs-/Umweltministerium, das auch wissen müsste, dass die Tunnellösung dem Klima schaden wird. Da kommt dann das Finanzministerium in die Verantwortung.

Der S-Link ist bezüglich Finanzaufwand in Relation zur Straßenbahn um mehr als eine Zehnerpotenz ineffizienter, abgesehen von den negativen Folgewirkungen im ÖV-Netz, der Verringerung der Erreichbarkeit der tiefliegenden Haltestellen und dem ungleich höheren Aufwand für die Beleuchtung, Belüftung und Sicherheit.

Es ist nicht nachvollziehbar, wie es in einem Rechtsstaat zu solchen Projekten kommen kann.